

MEDIENINFO 14

Presseinformation

Gesprächsnotizen für Vortrag vor der WESTFÄLISCHEN
DIREKTORENVEREINIGUNG (22.11.2004)

Die FDP in NRW betrachtet die Situation der Schulen und Bildung in NRW insgesamt mit großer Sorge. Kennzeichen rot-grüner Schulpolitik sind hierbei vor allem

1. eine qualitative Vernachlässigung Diffamierung von Leistung und Disziplin,
mangelnde Transparenz durch immer stärkere bürokratische Hürden (z.B. BASS) und
eine schleichende Nivellierung des Niveaus (Downgrading) durch immer mehr und höhere Abschlüsse, deren substantieller Wert immer geringer wird (vgl. Ausbildungsunreife vieler Schüler trotz guter Abschlüsse).
2. eine unvermindert ideologische Ausrichtung der Schulpolitik als Vehikel gesellschaftspolitischer Veränderung, wie die aktuelle Diskussion um die Einheitsschule nach PISA wieder zeigt.

Das Ergebnis nach 3 Jahrzehnten rotem bzw. rot-grünem Bildungswirrwarr und Reformismus: NRW liegt bei vielen Vergleichswerten deutlich hinter anderen Ländern (z.B. Bayern und Baden-Württemberg) zurück:

- Klassenfrequenzen,
- Anzahl der erteilten Unterrichtsstunden,
- Leistungsfähigkeit bei formal hohen Abschlüssen
(Prinzip: Quantität vor Qualität)

Die FDP des Landes NRW bekennt sich ausdrücklich zum gegliederten Schulwesen, in dem das Gymnasium seinen festen und unverzichtbaren Stellenwert als Bildungsstätte für einen nicht unbeträchtlichen Teil der Schülerschaft hat.

Konsequenzen der Landesregierung aus den PISA-Ergebnissen sind nach Auffassung der Liberalen

1. **völlig falsch**, weil die Forderung nach Einheitsschule (mehr Gesamtschulen nach Vorbild Finnland) abwegig ist.
 Finnland nicht vergleichbar: (Flächenstaat, viele kleine Schulen, zentrale Standards, zentrale Abschlussprüfungen, Helfersystem, hoher gesellschaftl. Stellenwert von Bildung)
 Prof. Baumert (MPI): fordert Qualitätsdenken statt Strukturdebatte
 Verweist auf gute Fördereffekte des gegliederten Schulwesens in Baden-Württemberg (hohe Zahl der Abiturienten durch Berufsgymnasien).
 Schleicher (OECD-Koordinator) empfiehlt konsequenten Ausbau vorhandener Strukturen statt Systemwechsel.

2. **unehrlich**, weil merkwürdige Asymetrie zwischen den durch öffentlichen Druck ausgelösten (durchaus sinnvollen!) Maßnahmen zur Qualitätssicherung und den konterkarierenden Durchführungsverordnungen, z.B.
 - Lernstanderhebungen: gleichzeitiger Hinweis keine Relevanz für Zensur, Signal für Schüler: unernst;
 - niveauvoller Unterricht: konterkariert durch Drittelerlass;
 - Probeversetzung;
 - Versuch der Reduktion der Fehlzeiten - kommen im Ernstfall nicht auf Abschlusszeugnis.

Insgesamt: Leistungssignale des Systems wirken nicht lernanimierend, sondern sind kontraproduktiv;
 Fördern nicht Freude am Lernen und an Leistung, sondern entwerten diese durch Abbau negativer Konsequenzen jeglicher Art.

Liberalen = unterstützen explizit das dreigliedrige Schulwesen und das Gymnasium;
 = lehnen die Einheitsschule als Widerspruch zum Prinzip liberalen Denkens ab (Vielfalt, Pluralität, priv. Initiative);
 = bekennen sich ausdrücklich zum Leistungsdenken und zum Prinzip „Fördern durch Fordern“;
 = sind für klare, einheitliche Leistungsstandards (landesweit);
 = regelmäßige zentrale Überprüfungen der Lernfortschritte;
 = zentrale Abschlussprüfungen für jede Schulform mit externen Korrekturen;
 = Hinweis in allen Zeugnissen auf Fehlzeiten;

= wollen Abbau aller leistungshemmenden bürokratischen Hemmnisse,

Für die Entwicklung des Gymnasium sehen Liberale gute Chancen in erweiterter und verstärkter Profilbildung bei gleichzeitiger Sicherung eines allgemein verbindlichen Niveaus (Standards)

Gleichzeitig sehen Liberale künftig zwei grundlegende Orte für die Erlangung des Abiturs vor:

1. Gymnasialoberstufen: Zusammenlegung mit Gesamtschuloberstufen stabilisiert Gymnasialoberstufen demographisch und sichert Abiturstandard.
(vgl. massives Notenlifting an Gesamtschulen festgestellt bei Nachkorrekturen: danach gesunde Entwicklung der GS als Schule der Sekundarstufe I)
2. Berufliche Schulen (Technische Gymnasien und Wirtschaftsgymnasien).

Eine Förderung der Qualität gymnasialer Bildung sehen wir durch folgende Maßnahmen verstärkt:

- Einführung eines 5. Abiturfachs;
- Konzentration auf die Kernfächer (Stärkung der Kernkompetenzen) und Abbau von „Orchideenangeboten“;
- Reduktion der Abwahlmöglichkeiten (schulorg. Vorteile und Abbau des Schülertourismus bei Kooperation)
- Generelle Schulzeitverkürzung auf 9 Jahre (in FDP noch nicht ausdiskutiert!!!) bei Beibehaltung der 3-jährigen gymnasialen Oberstufe.
- Zentrale Abschlussprüfungen;
- verstärkte Bedeutung von Grundschulgutachten für Besuch der weiterführenden Schulen;

Weiter setzt sich die FDP für ein **neues Qualitätssicherungsmodell** für alle Schulformen ein, das von der Inputorientierung (immer mehr Neueinstellungen und Mittel in der Hoffnung auf deren Wirksamkeit) zu einer Outputorientierung (Ergebnisorientierung) im Bildungssektor führt: Die Lernfortschritte aller Schüler an allen Schulformen werden in regelmäßigen Abständen durch extern gestellte Aufgaben (Grundlage: verbindliche Lernstandards) überprüft und extern korrigiert. Die Ergebnisse werden in einem Bildungsbericht veröffentlicht (vgl. Finnland, Duales System der Berufsbildung).

Es können mittelfristig deutliche Steigerungen der Bildungsqualität erwartet werden, weil:

- guter Unterricht und Lernfortschritte wieder zählen;
- Schüler und Lehrer sich mehr anstrengen;
- Identifikation erfolgreicher Lehrer (z.B. für leistungsgerechte Entlohnungssysteme);
- Ende der ideologisierten Methodendebatte;
- Qualität des Unterrichts in Schulen steigt schnell an durch Eigensteuerung der Lehrer nach Veröffentlichung der Ergebnisse des Unterrichts;
- Schule kann echte Selbständigkeit erlangen durch Steuerung von den Ergebnissen der Bildungsarbeit her;
- Viele PISA-Länder haben bereits derartige Systeme (vgl. Finnland, Kanada).

Das neue Qualitätsmodell der Liberalen ermöglicht eine **Neugestaltung der Verwaltungsstruktur der Schulaufsicht unter Beibehaltung der schulformspezifischen Schulaufsicht.**

1. Auf der kommunalen Ebene könnten Unterstützungssysteme für Schule in dezentraler Weise gebündelt werden (z.B. Servicefunktionen wie Gehaltsabrechnung).
2. Die Verschlinkung der Verwaltungsstrukturen betreffe die Mittelebene, deren Dezernentenstäbe inklusive Aufgaben entfallen könnten, da die Schulen sich selbständig über die erzielten Ergebnisse ihrer Bildungsanstrengungen steuern. Schulprogramme und andere zeitintensive Bemühungen lägen in Entscheidungsbereich der Einzelschule.
3. Da allgemein gültige Standards existieren, kann es mittel- bis langfristig zu einer Bündelung der Fachaufsicht auf Landesebene kommen. Hier wäre auch die schulformspezifische Schulaufsicht angesiedelt, deren Aufgaben nunmehr wären:
 - Standardentwicklung und Weiterentwicklung;
 - Standardüberwachung;
 - Evaluation der Lernfortschritte;
 - Veröffentlichung der Ergebnisse;
 - Beratung von Schulen in Einzelfällen

Vorteile: Dieses Verfahren würde zu echter Selbständigkeit von Schulen (auch Schulleitern) führen. Die Veröffentlichung der Bildungsergebnisse einer Schule (Klasse) ermöglichen eine

Selbststeuerung der Einzelschule (Management by Results) und führen zu einer drastischen Reduktion von Bürokratie und Verwaltung.

Eine Schulaufsicht im herkömmlichen Sinne mit personalaufwändigem Mittelbau auf der Ebene der Bezirksregierungen ist dann nicht mehr notwendig und kann durch ein Modell bestehend aus dezentraler Serviceebene, hoher Selbständigkeit und Eigensteuerung der Einzelschule und schulformspezifischer Fachaufsicht auf Landesebene (Standardsetzung und Überprüfung) ersetzt werden.

Lehrereinstellungen: Die FDP setzt sich für die Einstellung von mehr Lehrern in Schulen und für eine klare Priorität für Bildung im Landeshaushalt ein, weil dies eine langfristige Investition in Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft ist. Nur so ist nach unserer Ansicht unser hoher sozialer Standard und unsere Lebensqualität zu sichern.

Gleichzeitig sehen Liberale aber auch immer die finanziellen Gegebenheiten (Haushaltslage) und wollen durch Abbau vergangenheitskonservierender Subventionen (z.B. Steinkohle) Mittel für Bildung umschichten.

Zudem fordern Liberale eine genaue Überprüfung aller schulfremder Aufgaben und Abordnung von Lehrkräften. In Analogie zu einem „Kassensturz“ in Hessen ist zu vermuten, dass eine Fülle von Lehrern in NRW dem Unterricht nicht mehr zur Verfügung steht und anderweitig (Fachberatung im Ausland, Abordnung an Verbände, Institute, gesellschaftliche Gruppierungen, Universitäten u.a.) tätig ist. Hier könnte eine straffere und effizientere Lehrereinsatzpolitik Unterricht und Schulen stärken.

Zusammenfassung liberaler Ideen

- Bekenntnis zum dreigliedrigen Schulsystem (Stärkung der darin vorhandene Schulformen und selbstverständlich auch des Gymnasiums);
- Ablehnung der Einheitsschule nach rot-grünem Muster;
- Neben Fördern muss Leistungsgedanke wieder viel stärker Eingang in die Schulen finden;
- Abbau aller qualitätsverwässernden bürokratischen Regelungen (Drittelerlass uvm.);
- Verkürzung der Schulzeit;
- Entwicklung klarer, verbindlicher Leistungsstandards für die einzelnen Abschlüsse (landesweit);
- regelmäßige Überprüfungen des Lernstandes der Schüler gemäß der Standards mit externen Korrekturen;
- zentrale Abschlussprüfungen mit externen Korrekturen(vgl. Finnland, Duales System der Berufsausbildung),
- regelmäßige Veröffentlichung der Bildungsergebnisse in einem Bildungsreport;
- mehr echte Selbständigkeit für Schulen durch Verschlankeung der Schulaufsicht (Management by results);
- Reform der Verwaltungsstruktur der Bildungsverwaltung unter Beibehaltung der schulformspezifischen Fachaufsicht;
- generelle Stärkung von Bildung in unserer Gesellschaft und aller in diesem Bereich Beschäftigten, (keine Lehrerbeschimpfungen mehr!/ Neidgesellschaft);